

Artikel am 01.06.2010 auf <http://www.zahnaerzverband-berlin.de/>

Anträge, Ablenkungsmanöver und eine mechante Allianz.

Es gibt Entwicklungen in der oppositionellen Berufspolitik, die nur als Ablenkungsmanöver zu deklassieren sind. Meist werden diese durch Anträge in der KZV-Vertreterversammlung offenbart.

Zur kommenden KZV-Vertreterversammlung am 07.06.2010 hat das IUZB-Vorstandsmitglied Gneist den Antrag gestellt, dass kein Bericht des Rechnungsprüfungsausschuß für das Jahr 2004 erstellt wird, sondern es soll der Bericht der Staatsanwaltschaft als Ersatz vorgetragen und abgestimmt werden.

Wir erinnern uns. Der ZA Gneist hatte Strafantrag gegen den KZV-Vorstand gestellt, die Staatsanwaltschaft durchsuchte die KZV Berlin, beschlagnahmte umfangreiches Aktenmaterial ab den Jahre 2004, die administrative Arbeit der KZV war lange gelähmt. Nun wurde das Verfahren im März nach vier kostenintensiven Jahren eingestellt und der Staatsanwaltschaftsbericht ordnungsgemäß nur dem KZV-Vorstand überstellt. Wir berichteten im März und April darüber.

Was bezweckt der Fundamentaloppositionist Gneist damit, der seit geraumer Zeit m.W. eine Intensivallianz zwischen IUZB-Oppositionsideologie mit einer medizinischen Klinikketten GmbH unterhält? Vielleicht liegt ihm der Bericht der Staatsanwaltschaft vor, daraus zitieren oder Passagen daraus veröffentlichen darf er nicht! Unter dem Deckmäntelchen, dass die Kosten für den RPA gespart werden können, soll dieser Bericht nun publiziert werden!

Aber was hat ein Bericht einer Staatsanwaltschaft mit einem Rechnungsprüfungsbericht zu tun. Gar nichts ! Eine Staatsanwaltschaft prüft strafrechtliche Tatbestände und Vergehen. Ein Rechnungsprüfungsausschuß prüft die Haushaltszahlen eines vergangenen Haushaltsjahres der KZV und eine solide Haushaltsführung. Er prangert einen überzogenen Haushalt (was in den letzten Jahren nicht vorkam) an und macht Verbesserungsvorschläge.

Was aber offenbart der Antrag von Gneist im Auftrage der großen Blockopposition links von der Mitte, die Festung Opposition? Der IUZB und ihren Mitoppositionisten ist nicht daran gelegen, dass die Zahnmedizin weiter entwickelt wird. Es ist ihnen nicht daran gelegen, dass sich für die Praxen in Berlin die wirtschaftliche Basis und die Umfeld-Situation verbesser-ern. Dazu fehlen ihnen die Ideologie, der Intellekt, die Infrastruktur, das Wissen und die Verbindung zu den Bundesgremien. Daher kommt von ihnen nicht ein einziger weiterführender Verbesserungsvorschlag.

Die einzigen Kontakte, die wirklich gepflegt werden, sind die zur Klinikketten GmbH, der Staats-Aufsicht, zu den Staatsanwälten und zu den Gerichten. Kann dies für die Kolleginnen und Kollegen von Nutzen sein?

Gneist und sein Oppositionsblock wissen, dass der Staatsanwaltschaftsbericht nicht veröffentlicht werden darf. Er will dies aber, getreu nach der Devise, was hätte vielleicht aufgedeckt werden können - oder - was hat ggf. die Staatsanwaltschaft in diesem „KZV-Morast“ übersehen – oder - „Wie hätten Sie entschieden?

Er will die Gerüchte-Schock-Küche am Brodeln halten, um sich als „weißer Wahrheits-Riese“ inszenieren zu können. Böswillige Zungen könnten den §2Abs.4 der Satzung der IUZB auch dazu missdeuten, dass sich die IUZB als agentenhafter Handlager, Informationsbeschaffer und Spion von wem auch immer andient, in fremder Dominanz also.

Bitte denken Sie im September daran, dass wir solchen oppositionellen Allianzen, Festungen und Machenschaften Einhalt gebieten müssen. Nicht nur, dass solche Listen nicht gewählt werden sollten, nein, auch Nichtwählen stärkt immer die Fransen unserer Berufslandschaft. Sie stärkt nicht die tatkräftig arbeitende und besonnene Mitte der Berliner Zahnärzteschaft.

Ihr Andreas Müller-Reichenwallner